

Fritsche, Jan Philipp; Harms, Patrick Christian

**Article**

## Reflexe aus der Finanzkrise sind nicht genug!

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Fritsche, Jan Philipp; Harms, Patrick Christian (2020) : Reflexe aus der Finanzkrise sind nicht genug!, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 14, pp. 280-, [https://doi.org/10.18723/diw\\_wb:2020-14-3](https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-14-3)

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/219367>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



JAN PHILIPP FRITSCHKE UND PATRICK CHRISTIAN HARMS

# Reflexe aus der Finanzkrise sind nicht genug!

Jan Philipp Fritsche ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Mitautor des Beitrags ist Patrick Christian Harms, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Hamburg.

Die Fallzahl der Covid-19-Infektionen in Deutschland droht zu explodieren. Expertinnen und Experten warnen, dass die Fallzahlen schon sehr bald die Kapazität unseres Gesundheitssystems übersteigen könnten, auch wenn es gelingt, die Infektionsraten nach dem flatten-the-curve-Prinzip zu verlangsamen. Die Empfehlung lautet, radikale Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie umzusetzen. Wir sind der Auffassung, dass dies auch aus ökonomischer Perspektive die richtige Strategie ist.

Die Epidemie wird erst durch Impfstoff oder Immunisierung ihr natürliches Ende finden. Solange muss nicht nur die intensivmedizinische Versorgung sichergestellt werden, sondern auch unsere Wirtschaft durchhalten. Denkbar sind zwei Extremszenarien, in denen sowohl das Gesundheitssystem als auch die Wirtschaft überfordert werden. Zum einen eine ungebremsste Ausbreitung des Virus, die das Gesundheitssystem überfordert und zum anderen, und vielleicht sogar schlimmer, eine zu zögerliche und zaghafte politische Intervention. Der wirtschaftliche Schaden ist in beiden Fällen groß, doch gerade in einem Szenario mit zögerlichen Maßnahmen, die die Wirtschaft mehr schwächen als die Ausbreitung des Virus eindämmen, erholt sich die Wirtschaft nur äußerst langsam und könnte Jahre unter ihrem bisherigen Niveau bleiben. Werden dagegen strikte Maßnahmen entschieden politisch durchgesetzt, bleibt das Gesundheitssystem stabil und die Konjunktur reagiert nur für sehr kurze Zeit sehr stark, bevor sie zu ihrem Ausgangsniveau zurückkehrt.

Fakt ist: Eine erfolgreiche Eindämmung des Virus ist der Schlüssel zur Lösung der Krise. Solange dies nicht geschehen ist, wird Nachfragepolitik kaum zur Bekämpfung der Krise beitragen.

Die Ausgangslage für die deutsche Politik ist günstig, um eine Katastrophe abzuwenden. Die Bundesrepublik verfügt über volle Kassen, einen soliden Arbeitsmarkt und ein sehr gutes Gesundheitssystem. Zudem sind die Zinsen für Investitionen historisch tief und Geld- und Finanzpolitik haben rasch reagiert. Aber die angekündigten Hilfen und Programme, die in ähnlicher Form schon in der Finanzkrise zum Einsatz kamen, werden nicht ausreichen, um diese gesundheitliche Krise zu meistern.

Dazu unterscheidet sie sich in Ursache und Wirkung zu stark von der Finanzkrise. Jetzt ist eine Strategie von Nöten, die nicht nur Insolvenzen verhindert, sondern gezielt den Gesundheitssektor stärkt – auch abseits der Welt des Geldes.

Denkbar wäre eine zweckgebundene europäische Anleihe für Gesundheitsausgaben, die nationale Haushalte entlasten würde und als sicherer Hafen das Potenzial hätte, die Finanzmärkte zu beruhigen. Gleichzeitig könnte sie den humanitären Zusammenhalt in Europa stärken.

Darüber hinaus wird es darum gehen, die vorhandenen Ressourcen bestmöglich zu nutzen, um den Gesundheitskollaps zu verhindern. Falls es gelingt, die Wirtschaft auf den Krisenlösungsmodus umzuprogrammieren und mit neuen Aufgaben auszulasten, fällt auch der wirtschaftliche Schaden geringer aus. Eine europäische Koordinierung könnte brachliegende Ressourcen dort nutzbar machen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Mit dem weitgehenden Stillstand des zivilen Flugverkehrs sind Kapazitäten frei geworden, um Hilfe und Material bedarfsgerecht einzusetzen. Umschulungen in den Pflegedienst oder auch niedrigschwellige Hilfsangebote für Risikogruppen könnten Menschen helfen, ihr Arbeitseinkommen zu sichern und Leben zu retten. Die Bildungseinrichtungen brauchen kreative Unterstützung für ihre Onlineangebote, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

In Italien wurden mit Open-Source-Beatmungsgeräten aus dem 3D-Drucker bereits Leben gerettet. Es wird sicher dauern, bis wir alle einen Weg gefunden haben, in und mit der Krise zu agieren. Wichtig ist aber, dass sich eine agile Denkweise durchsetzt, um mit den neuen Gegebenheiten kreativ umzugehen. Auch die Gesundheitsversorgung ist auf das angewiesen, was wir wirtschaften nennen: einen effizienten Umgang mit Ressourcen für das Lösen der Probleme unserer Zeit.

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 1. April 2020

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;  
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;  
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;  
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp;  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

### Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

### Lektorat

Dr. Kai-Uwe Müller

### Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;  
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;  
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

### Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den  
Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter  
unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)